



---

---

## **Haushalts- und Finanzausschuss**

78. Sitzung (öffentlich)

1. April 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Verbesserungsvorschläge für die Umsetzung des Deutschen Stabilitätspaktes</b>	<b>1</b>
Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Wolfgang Kitterer	
Prof. Dr. Wolfgang Kitterer nimmt zunächst zu den ihm übermittelten elf Fragen Stellung.	1
Anschließend beantwortet er die Fragen aus dem Ausschuss.	9
<b>2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2003 und Zusammenstellung der Überschreitungen mit Beträgen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2003</b>	<b>20</b>
Antrag des Finanzministeriums Vorlage 13/2715	
Fragen der CDU-Fraktion zu einzelnen Positionen der Vorlage werden von den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet.	

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß Vorlage 13/2715 **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Manfred Palmen (CDU)

**3 Umsatzsteuerbetrug wirksam unterbinden** 23

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4585

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 GeschO

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich die **Hinzuziehung von Sachverständigen** gemäß § 31 GeschO für den 6. Mai 2004 und beauftragt den Vorsitzenden damit, die Zahl der von den Fraktionen vorgeschlagenen Expertinnen und Experten auf sechs zu begrenzen.

**4 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen** 23

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4868

Vorlage 13/2653

Beschluss über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Nach kurzer Erörterung **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, auf die Abgabe eines Votums **zu verzichten**.

**5 Einrichtung einer Leerstelle im Kapitel 03 310 Titel 422 01** 24

Vorlage 13/2689

Nach Beantwortung einer im Unterausschuss "Personal" gestellten Frage durch einen Vertreter des Innenministeriums **stimmt** der Ausschuss dem Antrag des Finanzministeriums auf Einrichtung der Leerstelle mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **zu**.

**6 Beteiligungsbericht der Landesregierung für die Jahre 2000 und 2001** 24

Vorlage 13/2713

Der Ausschuss mahnt für die Zukunft eine frühzeitigere Berichterstattung an. Zu Fragen aus der CDU-Fraktion nimmt Minister Jochen Dieckmann (FM) Stellung.

**7 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen** 26

Vorlage 13/2687

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Aussprache zur Kenntnis genommen.

**8 Verschiedenes** 27

Finanzminister Jochen Dieckmann beantwortet u. a. drei sich aus Presseberichten ergebende Fragen von Mitgliedern der CDU-Fraktion.

\*\*\*\*\*



Haushalts- und Finanzausschuss  
78. Sitzung (öffentlich)

01.04.2004  
ei-be

### 3 Umsatzsteuerbetrug wirksam unterbinden

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4585

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 GeschO

**Vorsitzender Volkmar Klein** verweist auf die am 18. Dezember 2003 getroffene Vereinbarung, ein Expertengespräch durchzuführen. Inzwischen habe er sich mit den Ob-leuten darauf verständigt, dieses für den 6. Mai 2004 zu terminieren. Die Vorschläge der Fraktionen für einzuladende Sachverständige, die er inzwischen den Ausschuss-mitgliedern übermittelt habe, umfassten etwa 20 Expertinnen und Experten, was eine ganztägige Veranstaltung erforderlich machen würde. Er empfehle deshalb, diese Zahl auf sechs zu beschränken, um die Dauer auf etwa zwei Stunden zu reduzieren.

**Winfried Schittges (CDU), Edith Müller (GRÜNE) und Gisela Walsken (SPD)** unterstützen diesen Vorschlag und bitten den Ausschussvorsitzenden, die Zahl der Anzuhörenden auf sechs zu begrenzen. - Auf dieser Basis beschließt der **Ausschuss** einvernehmlich die Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß § 31 GeschO für den 6. Mai 2004.

### 4 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4868

Vorlage 13/2653

Beschluss über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Dieser Gesetzentwurf sei – so **Vorsitzender Volkmar Klein** - an den Ausschuss für In-nere Verwaltung und Verwaltungsstruktureform - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Der Haushalts- und Finanzausschuss sollte heute über ein Votum entscheiden. Der Verkehrsausschuss, der Ausschuss für Kommunalpolitik hätten bereits einstimmig zugestimmt, der Hauptausschuss einstimmig bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion. Fünf weitere Ausschüsse hätten auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

**Angela Freimuth (FDP)** wäre bereit, ein zustimmendes Votum abzugeben, erlaubt sich aber den Hinweis, dass der Landtag das schon früher hätte haben können, denn die FDP-Fraktion habe bereits vor drei Jahren einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Sie freue sich aber, dass die Landesregierung, wenn auch mit großer zeitlicher Verzögerung, einem Anliegen der FDP-Fraktion gefolgt sei.

**Vorsitzender Volkmar Klein** bemerkt, aus den anderen Fraktionen sei bereits vorge-schlagen worden, den Gesetzentwurf aus Gründen der Beratungseffizienz ohne Votum

Haushalts- und Finanzausschuss  
78. Sitzung (öffentlich)

01.04.2004  
ei-be

an den federführenden Ausschuss weiterzugeben, und fragt, ob man sich darauf verständigen könne. - Der **Ausschuss** stimmt einvernehmlich zu.

## 5 Einrichtung einer Leerstelle im Kapitel 03 310 Titel 422 01

Vorlage 13/2689

**Vorsitzender Volkmar Klein** trägt vor, über diesen Antrag des Finanzministeriums habe der Unterausschuss "Personal" bereits beraten, aber nicht abgestimmt. Vielmehr sei das Innenministerium gebeten worden, noch die Frage zu beantworten, warum in den letzten 18 Monaten auf die Nachbesetzung der Stelle habe verzichtet werden können.

**MR Emschermann (IM)** erläutert, es gehe um Herrn Herrmann, der im September 2002 bei der Bezirksregierung Detmold ausgeschieden sei, um sein Bundestagsmandat anzutreten. Er sei in der Leitstelle, in der er gearbeitet habe, sofort durch einen Beamten der Autobahnpolizei, der in einem anderen Kapitel geführt werde, ersetzt worden. Bei diesem Zustand sei es so lange geblieben, bis eine Inspektion des Innenministeriums die kapitelübergreifende Ausleihung moniert habe. Daraufhin sei die Leerstelle beantragt worden.

Dass dieser Zustand bei der Autobahnpolizei über längere Zeit aufrechterhalten worden sei, hänge damit zusammen, dass es dort einen großen Personalkörper gebe. Die Polizeipräsenz auf der Straße sei dadurch um 7 ‰ reduziert worden.

Der **Ausschuss** stimmt daraufhin dem Antrag des Finanzministeriums auf Einrichtung der Leerstelle mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zu.

## 6 Beteiligungsbericht der Landesregierung für die Jahre 2000 und 2001

Vorlage 13/2713

**Winfried Schittges (CDU)** stellt fest, der Beteiligungsbericht für die Jahre 2000 und 2001 erreiche das Kontrollorgan des Landtags "kurz vor der politischen Verjährung", und fragt, woran das liege.

**MR'in Bonkowski (StK)** weist darauf hin, dass die Geschäftsberichte der Unternehmen immer erst einige Monate nach Ablauf eines Jahres verfügbar seien. Eine weitere Verzögerung ergebe sich daraus, dass die Staatskanzlei, die seit 1991 die Koordination der Beteiligungsberichte der einzelnen Ressorts obliege, für die Zusammenfassung der Berichte einige Zeit benötige. Darüber hinaus habe es in diesem speziellen Fall aufgrund organisatorischer und personeller Veränderungen in der Staatskanzlei eine zusätzliche Verzögerung gegeben, die zu der übergroßen Unaktualität dieser Vorlage geführt habe.